

CONV 297/02

WG III 15

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe "Rechtspersönlichkeit"
<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 19. September 2002

1. Der Vorsitzende erklärte, dass die Beratungen der Gruppe mit der Prüfung des Dokuments WD 15 über die Folgen der ausdrücklichen Anerkennung einer Rechtspersönlichkeit der Union beginnen sollten.
2. Eingangs fand eine Aussprache über den Rechtscharakter der Union statt. Einige Mitglieder der Gruppe vertraten die Auffassung, dass dieses Thema nicht direkt mit der Anerkennung einer Rechtspersönlichkeit der Union zusammenhängt. Anschließend prüften die Mitglieder der Gruppe den Entwurf des Berichts. Über den ersten Teil betreffend die grundsätzliche Anerkennung einer einzigen Rechtspersönlichkeit für die Union waren sich die Mitglieder der Gruppe einig.
3. Bezüglich des Verfahrens bei Verhandlungen über internationale Übereinkünfte wünschten einige Mitglieder der Gruppe, dass der Bericht ein eindeutiges Kriterium dafür enthält, wer der Verhandlungsführer bei Übereinkünften ist, die unter mehrere der derzeitigen Säulen fallen. Ein Teil der Gruppe sprach sich nachdrücklich dafür aus, dass das Kriterium des wichtigsten Themenkreises wieder in den Bericht aufgenommen wird. Ein Mitglied der Gruppe hatte jedoch Bedenken hinsichtlich der Anwendung dieses Kriteriums.

4. Die Mehrheit der Gruppe war mit der in dem Bericht vorgeschlagenen Änderung betreffend Artikel 24 EUV einverstanden, nämlich die Streichung der zwei letzten Sätze (die eine Ratifizierung auf der Ebene der Mitgliedstaaten implizieren), da diese durch die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit der Union hinfällig werden. Zwei Mitglieder der Gruppe äußerten jedoch den Wunsch, dass in Artikel 24 EUV darauf Bezug genommen wird, dass ein Mitgliedstaat von Artikel 23 Absatz 1 Gebrauch machen und sich konstruktiv der Stimme enthalten kann.
5. Hinsichtlich der Außenvertretung der Union legte eine große Mehrheit der Gruppe großen Wert darauf, dass der Vertrag Bestimmungen enthält, die gewährleisten, dass die Union mit einer Stimme sprechen kann. Diesbezüglich sprach sich ein Teil der Gruppe dafür aus, dass das Amt des Hohen Vertreters und das Amt des für die Außenbeziehungen zuständigen Kommissionsmitglieds in einer einzigen Person vereint werden. Andere Mitglieder der Gruppe vertraten hingegen die Auffassung, dass diese Frage eigentlich von der Gruppe "Außenbeziehungen" geprüft werden sollte. Der Vorsitzende ersuchte die Mitglieder der Gruppe, hier binnen 24 Stunden Stellung zu nehmen, um die Haltung der Gruppe in dieser Frage klarzustellen.
6. Die Mehrheit der Gruppe sprach sich desweiteren dafür aus, dass die Behörden, die unter der Verantwortung der Person tätig würden, die in sich das Amt des Hohen Vertreters und des Kommissionsmitglieds vereint, zusammenwirken, ja zusammengelegt werden, und beantragte, dass dieses Thema in den Abschlussbericht aufgenommen wird.
7. Nach Auffassung einiger Mitglieder der Gruppe vermittelt der Bericht den Eindruck, dass die Vorschläge nur vom geltenden Recht ausgehen, was zu eng gesehen sei. Diese Mitglieder empfahlen, einen Absatz einzufügen, in dem präzisiert wird, dass die in dem Bericht vorgeschlagenen Änderungen je nach den künftigen Orientierungen des Konvents überarbeitet oder ergänzt werden können.
8. Über den Teil des Berichts betreffend die gerichtliche Kontrolle und das Europäische Parlament bestand allgemeine Übereinstimmung (zwei Mitglieder der Gruppe beantragten jedoch die Zustimmung des Europäischen Parlaments).

9. Was die Vereinfachung der Verträge anbelangt, so haben die Mitglieder der Gruppe den Entwurf des Berichts (Dokument WD 16) geprüft und weitgehend befürwortet; gleichwohl äußerten einige Mitglieder der Gruppe den Wunsch, dass bestimmte Aspekte vertieft werden. Diesbezüglich merkte der Vorsitzende an, dass diese Frage Gegenstand weiterer Erörterungen im Konvent sei. Es wurde ein weit gehender Konsens darüber erzielt, dass die Verträge zu einem einheitlichen Rechtsakt mit zwei Teilen zusammengefasst werden sollen, wobei der erste Teil die verfassungsrechtlichen Bestimmungen enthalten würde.
 10. Die Gruppe billigte mehrheitlich die Gestaltung der Schlussfolgerungen. Einige Mitglieder der Gruppe wünschten jedoch, dass sie kürzer gefasst werden bzw. dass zwei Arten von Schlussfolgerungen (allgemeine und eher technische) vorgesehen werden.
 11. Der Vorsitzende sagte zu, dass er einen überarbeiteten Entwurf des Berichts vorlegen werde, der die in dieser Sitzung von den Mitgliedern der Gruppe vertretenen Standpunkte berücksichtige und die Positionen der Mehrheit der Mitglieder der Gruppe zur Gesamtheit der im Bericht behandelten Themen wieder gebe. Es wurde vereinbart, dass der Entwurf des Abschlussberichts spätestens am 26. September 2002 an die Mitglieder der Gruppe verteilt werden soll, damit diese ausreichend Zeit für eine eingehende Prüfung haben, so dass er in der letzten Sitzung der Gruppe - am 30. September 2002 - angenommen werden kann.
-